



245 Bericht von Marius R. Busemeyer, Adrian Rinscheid und Jürgen Schupp

Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteur*innen

- Studie analysiert repräsentative Befragungen zu Einstellungen über Grundeinkommen in Deutschland
- 1200 Euro im Monat, finanziert über höhere Einkommen- und Vermögensteuern, stimmen die meisten zu
- Grundeinkommen sollte in Debatten über Reform der Sozialsysteme berücksichtigt werden

254 Interview mit Jürgen Schupp

258 Kommentar von Claudia Kemfert

Strompreiszonen sind auch keine Lösung – besser die Ökostromlücke im Süden schließen

Die internationale und die westdeutsche Konjunkturlage Mitte Mai 1953



Nach der geologischen Struktur des Landes bietet der Bergbau in Jugoslawien verhältnismäßig reiche und mannigfache Möglichkeiten, die im Rahmen des planwirtschaftlichen Wirtschaftsaufbaus mit zunehmendem Erfolg wahrgenommen werden. Es handelt sich, den politischen Grundsätzen der jugoslawischen Verfassung und Regierung entsprechend, ausschließlich um Staatsunternehmen. Sie werden im wesentlichen zentralistisch von den Belgrader Ministerien ausgeleitet; die föderalistische Auflockerung der Wirtschaftsführung ist bisher im Bergbau noch nicht recht zur Geltung gekommen. Der Ausbau der bestehenden Betriebsanlagen und die Einrichtung neuer Bergwerke wird in erheblichem Umfange mit ERP-Mitteln unterstützt und in einigen Fällen sogar vollständig auf diesem Wege finanziert. Insbesondere erfolgt die Aufschließung des von einem deutschen Geologen neu entdeckten großen Kupfererzvorkommen von Majdan-Pek in Nordost-Serbien mit amerikanischen Krediten.

Aus dem Wochenbericht Nr. 21 vom 22. Mai 1953

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

90. Jahrgang 24. Mai 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze;
Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

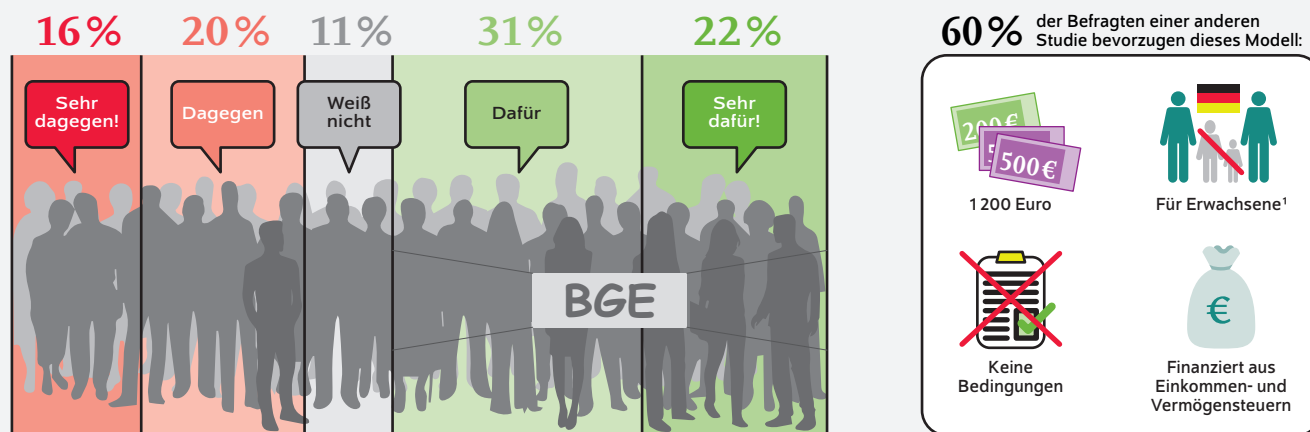
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteur*innen

Von Marius R. Busemeyer, Adrian Rinscheid und Jürgen Schupp

- Studie analysiert zwei repräsentative Befragungen zu Einstellungen über Höhe und Ausgestaltung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland
- Ergebnisse aus dem Sommer 2022 bestätigen die seit Jahren hohe Zustimmung einer Mehrheit zum bedingungslosen Grundeinkommen
- Je höher das Grundeinkommen, desto größer ist die Zustimmung: 1200 Euro im Monat stimmen die meisten zu
- Gegenfinanzierung über höhere Einkommen- und Vermögensteuern für Reiche findet höchste Unterstützung; Mehrwertsteuererhöhung ist hingegen unbeliebt
- Grundeinkommen sollte in Debatten über Transformation der Sozialsysteme berücksichtigt werden, denn die Zustimmung in der Bevölkerung ist hoch

Mehrheit der Deutschen befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert aus höheren Einkommen- und Vermögensteuern, zeigen zwei Umfragen



Quellen: Online-Befragungen – Compass (deutsche Wahlberechtigte mit Onlinezugang; linke Seite); Konstanzer Arbeitsgruppe Vergleichende Politische Ökonomie (deutsche Wohnbevölkerung; rechte Seite).

¹ Deutsche Staatsbürger*innen und Menschen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. © DIW Berlin 2023

ZITAT

„Ein garantiertes Grundeinkommen könnte die Menschen in die Lage versetzen, aus einer stärkeren ökonomischen Position heraus künftige Herausforderungen wie den Klimawandel oder technische Umwälzungen am Arbeitsplatz besser zu meistern.“

— Jürgen Schupp —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Jürgen Schupp
www.diw.de/mediathek

Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteur*innen

Von Marius R. Busemeyer, Adrian Rinscheid und Jürgen Schupp

ABSTRACT

Eine repräsentative Befragung aus dem August 2022 bestätigt die hohe Popularität in der Bevölkerung für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Zwischen 45 und 55 Prozent der Befragten stimmen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit dem vermeintlichen Versprechen von finanzieller Sicherheit ohne Verpflichtungen. Wer genau die Unterstützer*innen eines BGE sind und welches Modell sie bevorzugen, zeigen zwei repräsentative Befragungen aus dem August 2022. Sie belegen, dass vor allem jüngere Altersgruppen sowie Personen mit geringen Einkünften und mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens unterstützen. Eine der in diesem Wochenbericht analysierten Erhebungen zeigt, dass die meisten Befragten sich ein Grundeinkommen von 1200 Euro ohne Restriktionen wünschen. Zur staatlichen Finanzierung eines Grundeinkommens findet der Vorschlag die meiste Unterstützung, die Einkommen- und Vermögenssteuern für Reiche anzuheben.

Die politische Debatte zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) hat in den vergangenen Jahren an Intensität zugenommen. Nachdem die Idee eines solchen Grundeinkommens, bei dem allen Bürger*innen ein fester monatlicher Geldbetrag ohne Bedingungen ausbezahlt wird, zunächst eher als radikales Projekt von Utopist*innen betrachtet wurde, kommt es nun zunehmend im Mainstream der politischen und akademischen Debatten an.¹ So sprach sich Bündnis 90/Die Grünen 2020 im Grundsatzprogramm² für die Weiterentwicklung des Sozialstaats in Deutschland aus. Perspektivisch sollte die „Leitidee eines Bedingungslosen Grundeinkommens“ als Orientierung dienen und auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021³ sprach sich die Partei für Modellprojekte zu den Wirkungen eines BGE aus. An der Universität Freiburg wurde im Herbst 2019 das Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS) als interdisziplinärer Kompetenzverbund gegründet, der sich der akademischen Erforschung des BGE widmet und den Grundeinkommensdiskurs in Öffentlichkeit und Politik wissenschaftlich zu untermauern sucht.⁴

Zudem läuft derzeit deutschlandweit ein Pilotprojekt des Vereins Mein Grundeinkommen in Kooperation mit mehreren wissenschaftlichen Instituten, darunter dem DIW Berlin, zu den individuellen Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 1200 Euro pro Monat für die Dauer von drei Jahren.⁵ International sorgte ein wissenschaftliches Feldexperiment in Finnland für Interesse, bei dem 2017 und 2018 insgesamt 2000 Erwerbslosen ein BGE

¹ Vgl. hierzu beispielhaft Philippe Van Parijs und Yannick Vanderborght (2017): *Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Cambridge: Harvard University Press sowie Rutger Bregman (2017): *Utopien für Realisten*. Reinbek: Rowohlt.

² Siehe Bündnis 90/Die Grünen (2020): Grundsatzprogramm, 89 (online verfügbar, abgerufen am 21. März 2023). Dies gilt auch für alle Online-Quellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben.

³ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, 112 (online verfügbar).

⁴ Website des Freiburg Institute for Basic Income Studies (online verfügbar).

⁵ Nach Abschluss der letzten von sechs Befragungen der Studienteilnehmenden im Frühjahr 2024 werden die zentralen Ergebnisse der Studie veröffentlicht; Projektdetails (online verfügbar); zu methodischen Details sowie zur Anlage des Feldexperiments vgl. Rolf G. Heinze und Jürgen Schupp (2022): *Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation*. Wiesbaden: Springer VS, 52ff.

ausgezahlt wurde. Die Ergebnisse hatten jedoch keine Folgen für Sozialreformen.⁶

Auch in der Sozialpolitikforschung findet das Thema vermehrt Aufmerksamkeit. Die sozialen Sicherungssysteme sollten in Deutschland und anderen Industrieländern neu gestaltet und verdeckte Armut in Wohlfahrtsstaaten abgebaut werden. Bürokratieärmere Reformalternativen wie auch garantierte Transferzahlungen finden daher steigende Beachtung.⁷ Ein Großteil der Forschung zum Grundeinkommen befasst sich mit Fragen der Finanzierbarkeit,⁸ der Ausgestaltung verschiedener Modelle oder der philosophisch-normativen Begründung für die Notwendigkeit eines Grundeinkommens.⁹ In den Reformdebatten zum Sozialstaat steht häufig die Frage im Mittelpunkt, wie die Bevölkerung zur Einführung eines Grundeinkommens steht. Die im Frühjahr 2019 vorgelegten Ergebnisse repräsentativer Befragungen belegen, dass rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland ein bedingungsloses Grundeinkommen befürworten würde.¹⁰ Sowohl die Corona-Pandemie als auch die 2022 inflationsbedingt gestiegenen Energie- und Mobilitätskosten in Deutschland haben zu erheblichen finanziellen Belastungen für private Haushalte geführt, verbunden mit großer Verunsicherung sowie Abstiegsängsten in Teilen der Mittelschicht. Auch vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die generelle Zustimmung zu einem Grundeinkommen noch so hoch wie in der Zeit vor Ausbruch der Pandemie ist oder sogar noch gestiegen ist.

Ein wichtiger Nachteil der bisherigen Studien, insbesondere der Daten des European Social Survey (ESS),¹¹ ist, dass sie nur die Zustimmung zu einem bestimmten Modell eines BGE abfragen können, was durch die technischen Machbarkeitsbedingungen einer international vergleichenden Umfrage gestützt ist. Sowohl in der nationalen wie internationalen Debatte zum BGE werden aber sehr unterschiedliche Umsetzungsmodelle diskutiert, die sich teils erheblich

⁶ Olli Kangas et al. (Hrsg.) (2021): Experimenting with Unconditional Basic Income: Lessons from the Finnish BI Experiment 2017–18: Edward Elgar.

⁷ Zum Beispiel Hillary Hoynes und Jesse Rothstein (2019): Universal Basic Income in the United States and Advanced Countries. In: Annual Review of Economics 11, 929–958.

⁸ Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen legte ein Gutachten vor, in dem vier Varianten eines bedingungslosen Grundeinkommens mithilfe von Mikrosimulationsstudien präsentiert wurden (online verfügbar).

⁹ Vgl. Van Parijs und Vanderborght, a. a. O., für eine gute Einführung und Übersicht sowie aus der Perspektive der deutschen Debatte vgl. Heinze und Schupp, (2022) a. a. O.

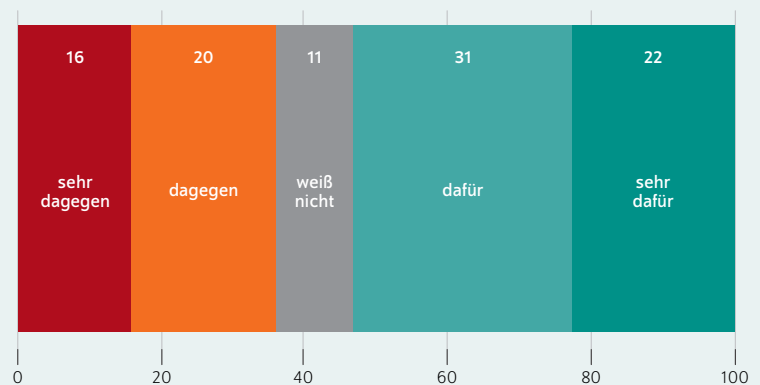
¹⁰ Vgl. hierzu Jule Adriaans, Stefan Liebigh und Jürgen Schupp (2019): Zustimmung für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eher bei Jungen, besser Gebildeten sowie in unteren Einkommensschichten anzutreffen. DIW Wochenbericht Nr. 15, 264–270 (online verfügbar). Die Analysen basieren auf der achten Welle des European Social Survey (ESS) von 2016/17, das erstmals eine Frage zum BGE in einer international vergleichenden Meinungsumfrage aufnahm. Neben dem hohen Grad an Zustimmung von teilweise mehr als 50 Prozent in vielen Ländern Europas belegen die Auswertungen, dass die Unterstützung für ein BGE unter Jüngeren, Anhängern von Linksparteien und ärmeren Schichten besonders hoch ist. Vgl. hierzu Femke Roosma und Wim van Oorschot (2020): Public opinion on basic income: Mapping European support for a radical alternative for welfare provision. Journal of European Social Policy 30 (2), 190–205; sowie Hanna Schwander und Tim Vlandas (2020): The Left and universal basic income: the role of ideology in individual support. Journal of International and Comparative Social Policy 36 (3), 237–268.

¹¹ Der European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende, auf wissenschaftlichen Standards beruhende Erhebung, die seit 2001 alle zwei Jahre durchgeführt wird. Der ESS erhebt Daten über Einstellungen und Verhaltensmuster der Bevölkerung in mehr als 30 europäischen Ländern (online verfügbar).

Abbildung 1

Einstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland 2022

Anteile in Prozent



Quelle: Compass – Online-Befragung; nach Gewichtung repräsentativ für deutsche Wahlberechtigte mit Onlinezugang; N = 2 117; Feldzeit vom 8. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Eine klare Mehrheit der Befragten spricht sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus – so wie seit Jahren.

unterscheiden, zum Beispiel in der Höhe des Grundeinkommens, den Bezugsberechtigten, der Finanzierung oder in der Frage, ob es vollkommen bedingungslos oder doch an Bedingungen geknüpft sein soll. Die Verschiedenartigkeit der Modelle trägt auch dazu bei, dass die Idee eine BGE Unterstützende aus unterschiedlichen politischen Milieus mobilisieren kann – denn unterschiedliche Unterstützere Kreise haben in der Regel auch unterschiedliche Umsetzungsmodelle im Kopf. Allerdings liegen bislang wenige Studien vor, die die Komplexität der unterschiedlichen Modelle mit Hilfe von experimentellen Umfragemethoden erfassen können. Mit spanischen Umfragedaten konnte gezeigt werden, dass die Unterstützung für ein BGE tendenziell steigt, wenn nicht alle Bewohner*innen Spaniens zu den Bezugsberechtigten gehören, sondern nur Staatsangehörige.¹² Die Unterstützung steigt ebenfalls, wenn die Finanzierung über progressive Einkommen- und Vermögensteuern erfolgt. In einer vergleichenden Studie mit Daten aus Finnland und der Schweiz konnte belegt werden, dass ein höheres Niveau des Grundeinkommens die öffentliche Unterstützung erhöht und auch in diesen Ländern die Befragten für Grundeinkommensmodelle sind, die vor allem den jeweiligen Staatsangehörigen zu Gute kommen.¹³

¹² Vgl. hierzu Leire Rincon (2021): A Robin Hood for All: A Conjoint Experiment on Support for Basic Income. Journal of European Public Policy 30 (2), 375–99.

¹³ Vgl. hierzu Isabelle Stadelmann-Steffen und Clau Dermont (2020): Citizens' Opinions About Basic Income Proposals Compared – a Conjoint Analysis of Finland and Switzerland. Journal of Social Policy 49 (2), 383–403.

Abbildung 2

Einfluss soziodemografischer Merkmale auf die Akzeptanz eines bedingungslosen Grundeinkommens

Multivariates Schätzverfahren, durchschnittliche Effekte in Prozentpunkten



Anmerkung: Die waagerechten Linien stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dies bedeutet, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt. Wenn die untere Grenze des Konfidenzintervalls unterhalb der Null und der obere oberhalb von Null liegt, ist der geschätzte Effekt im statistischen Sinne nicht signifikant.

Quelle: Compass – Online-Befragung; nach Gewichtung repräsentativ für deutsche Wahlberechtigte mit Onlinezugang; N = 2 117; Feldzeit von 8. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Vor allem Jüngere, Menschen mit niedrigem Einkommen oder geringer Lebenszufriedenheit befürworten ein Grundeinkommen. Auffallend ist auch die Sorge um Klima und Umwelt.

Trotz Krieg und Krise ist mehr als die Hälfte der Deutschen für ein Grundeinkommen

Die bisherigen Ergebnisse aus Befragungen in Deutschland belegen, dass seit der Jahreswende 2016/17 bis Herbst 2018 die Zustimmungsrates zur Einführung eines BGE weitgehend stabil sowie tendenziell steigend war und einen Wert zwischen 45 und 55 Prozent erreichte.¹⁴ Bei der im Rahmen des SOEP-Innovationspanels¹⁵ durchgeführten Erhebung im Herbst 2019 lag die Zustimmungsrates zu einem

BGE einige Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor bei nunmehr 48 Prozent.¹⁶

Auf diesen Befunden bauen die beiden in diesem Wochenbericht präsentierten Studien aus der Compass-Befragung und der Konstanzer Befragung auf. Die repräsentative Compass-Befragung hat im August 2022 zufällig ausgewählte deutsche Staatsbürger*innen online nach ihrer Einstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen befragt (Kasten). Die zweite, von der Universität Konstanz durchgeführte Studie basiert auf einer ebenfalls im August 2022 durchgeführten Befragung von 4 500 Personen, die die Wohnbevölkerung von 18 bis 84 Jahren in Deutschland in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungsniveau repräsentieren.

Die Ergebnisse der Compass-Erhebungen zeigen auch nach dem Ende der Corona-Pandemie sowie dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der gestiegenen

¹⁴ Vgl. Jürgen Schupp (2020): Bedingungsloses Grundeinkommen: sowohl viel Zustimmung als auch große Ablehnung. Wirtschaftsdienst 100 (2), 112–116.

¹⁵ Zufallsbasierte Stichprobe der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren, die im Rahmen des SOEP-IS Bus-Moduls zum BGE durchgeführt wurde. Das SOEP ist eine im DIW Berlin angesiedelte Forschungsdateninfrastruktur für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Zu Ergebnissen siehe Schupp (2020), a. a. O. Zu methodischer Anlage sowie Inhalten des SOEP-Innovationspanels vgl. David Richter und Jürgen Schupp (2015): SOEP-Innovation Panel (SOEP-IS) Schmollers Jahrbuch 135 (3), 389–399.

¹⁶ Adriaans, Liebig und Schupp (2019), a. a. O.

Energie- und Nahrungsmittelpreise einen hohen Grad an Zustimmung zu einem BGE. Im August 2022 haben laut der Umfrage 53 Prozent der deutschen Bevölkerung mit Online-Zugang für die Einführung eines Grundeinkommens¹⁷ plädiert, 36 Prozent waren dagegen und ein im Vergleich zu früheren Befragungen höherer Anteil von elf Prozent kann oder will die Frage nicht beantworten (Abbildung 1).

Je stärker die Befragten profitieren könnten, desto größer ist der Grad der Zustimmung: 36 Prozent der Befragten erwarten nach Einführung eines BGE finanziell etwas oder deutlich besser gestellt zu sein, während 23 Prozent der Befragten davon ausgehen, finanziell etwas oder deutlich schlechter gestellt zu sein. Rund 30 Prozent gehen davon aus, dass sie nach Einführung eines BGE finanziell in etwa gleichgestellt wären (Tabelle 1).

Geringes Einkommen und Sorgen erhöhen Zustimmung zum Grundeinkommen

In einem weiteren Schritt wurde die Gruppe der Zustimmungsmenden für ein BGE differenzierter analysiert. Mit Hilfe von multivariaten Schätzverfahren wurde ermittelt, anhand welcher soziodemografischen Merkmale sich die Gruppe der Zustimmungsmenden von den Nicht-Zustimmungsmenden unterscheidet (Abbildung 2). Die Analysen zeigen, dass sich viele der soziodemografischen Effekte wieder bestätigten, die sich bereits in der Vor-Corona-Studie 2016/17 als bedeutsam erwiesen haben.¹⁸ Demnach befürworten jüngere Befragte ein BGE tendenziell eher als Ältere. Auch hinsichtlich der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens sind die Tendenzen deutlich erkennbar. Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1500 bis 3500 Euro tendieren signifikant eher dazu, sich für ein BGE auszusprechen, als Personen ohne Angaben zum Einkommen.

Interessant sind auch einige Präferenzen sowie Sorgen der Befragten im Zusammenhang mit der Zustimmung zu einem BGE. So befürworten vor allem Personen ein BGE, die sich entweder große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation oder um den Schutz von Umwelt und Klima machen. Die Sorge um die wirtschaftliche Situation dürfte mit dem Einkommenseffekt korrelieren; die Sorge um den Schutz von Umwelt und Klima hängt eher mit einer spezifischen Wertedisposition zusammen.

Die Gruppe der mit dem eigenen Leben Unzufriedenen neigt eher dazu, einem BGE zuzustimmen. Der mit Abstand größte Effekt kommt der vermuteten finanziellen Schlechterstellung nach der Einführung eines BGE zu (Tabelle 1). Dieses Ergebnis macht unmittelbar deutlich, dass die Höhe eines Grundeinkommens sowie eine mögliche Finanzierung eine besondere Bedeutung für die Akzeptanz besitzt.

¹⁷ Diese Verallgemeinerung der Studienergebnisse auf die deutsche Bevölkerung mit Onlinezugang sind der zufallsbasierten Stichprobenbildung der Compass-Erhebung geschuldet. Siehe dazu auch den Kasten in diesem Bericht.

¹⁸ Vgl. Adriaans, Lieb und Schupp (2019), a.a.O., 267.

Tabelle 1

Vermutete finanzielle Besser- oder Schlechterstellung nach Zustimmung/Ablehnung eines BGE

Gehen Sie davon aus, dass Sie nach der Einführung eines derartigen Grundeinkommens persönlich dann finanziell ...	Insgesamt (Prozent)	Davon:		
		Zustimmung zu BGE (Prozentpunkte)	Ablehnung eines BGE (Prozentpunkte)	Weiß nicht (Prozentpunkte)
... deutlich bessergestellt wären?	14	12	2	0
... etwas bessergestellt wären?	22	17	4	1
... etwa gleichgestellt wären?	30	18	9	3
... etwas schlechter gestellt wären?	12	2	8	1
... deutlich schlechter gestellt wären?	11	1	9	1
Weiß nicht	12	3	4	4
Insgesamt	100	53	36	11

Anmerkung: Cramer's V = 0,3640.

Quelle: Compass – Online-Befragung; nach Gewichtung repräsentativ für deutsche Wahlberechtigte mit Onlinezugang; N = 2 117; Feldzeit vom 8. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Tabelle 2

Ausgestaltung unterschiedlicher BGE-Modelle

	Dimensionen	Ausprägungen
1	Höhe des Grundeinkommens	400 Euro pro Monat 800 Euro (Referenz) 1200 Euro 1600 Euro
2	Empfangsberechtigte	Personen aller Altersgruppen (von Säugling bis Rentner*in) Erwachsene Personen ab 18 Jahren Gesamter Haushalt (Referenz)
3	Staatsbürgerschaft	Deutsche Staatsbürgerschaft Unabhängig von der Staatsbürgerschaft Aufenthalt von mindestens fünf Jahren in Deutschland (Referenz) Unabhängig von der Staatsbürgerschaft Aufenthalt von mindestens einem Jahr in Deutschland
4	Bedingungen	Keine weiteren Einschränkungen Auszahlung nur an Arbeitslose und -suchende (Referenz) Auszahlung nur an Personen, die sich im Gegenzug verpflichten, eine Aus- oder Weiterbildung durchzuführen Auszahlung nur an Personen, die sich im Gegenzug verpflichten, sich ehrenamtlich und sozial zu engagieren
5	Finanzierung	Kürzung anderer Leistungen des Sozialstaats (Referenz) Anhebung der Einkommen- und Vermögensteuern für Reiche Stärkere Besteuerung von CO ₂ -Emissionen Anhebung der Mehrwert- und Umsatzsteuern

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2023

Zustimmung hängt von der Höhe des Grundeinkommens ab

Die zweite Befragung aus Konstanz hat die verschiedenen Präferenzen je nach Ausgestaltung eines BGE analysiert. Für die Ausgestaltung eines BGE gibt es viele Modelle (Tabelle 2). Neben der Höhe des Grundeinkommens kann der Kreis der Bezugsberechtigten unterschiedlich festgelegt werden. Gleiches gilt für die Finanzierung und eine mögliche Verknüpfung der Auszahlung an bestimmte Bedingungen.

Kasten

Daten und Methodik**Datenbasis der Compass-Befragung**

Die Compass-Befragung wurde vom 8. bis 17. August 2022 durchgeführt. Eine Zufallsauswahl unter den rund 25 Millionen Mitgliedern des Kundenbindungsprogramms Payback bildet die Basis der Compass-Erhebung, die das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap als *Corona Online Meinungs Panel Survey Spezial* erstmals im März 2020 zur Abbildung von kurzfristigen Stimmungstrends genutzt hatte. Infratest dimap gewichtet die Daten so, dass sie für die in Deutschland lebenden Wahlberechtigten (Deutsche ab 18 Jahre) mit einem Online-Zugang repräsentativ sind. Die Gewichtung der per Zufall erhobenen Stichprobe basiert auf Daten des amtlichen Mikrozensus (Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße, Bundesland und Gemeindegrößenklassen).

Die präsentierten Ergebnisse zur Akzeptanz eines bedingungslosen Grundeinkommens beruhen bei der Compass-Befragung auf Fragen, die denen der deutschen Bevölkerung im Rahmen des European Social Survey (ESS) 2016/17 folgt. Den Befragten wurden zunächst Einzelheiten zur Ausgestaltung des BGE gegeben:

- Der Staat zahlt jedem ein monatliches Einkommen, das alle grundlegenden Lebenshaltungskosten deckt.
- Dadurch werden viele bestehenden Sozialleistungen ersetzt.
- Das Ziel ist, jedem einen minimalen Lebensstandard zu garantieren.
- Alle erhalten den gleichen Betrag, egal ob man arbeitet oder nicht.
- Man kann zudem das Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder anderen Quellen behalten.
- Das Grundeinkommen wird über Steuern finanziert.

Im Anschluss wurden sie gefragt, ob sie für oder gegen ein solches BGE seien. Die Befragten konnten den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung anhand der vierstufigen Skala „sehr dagegen“, „dagegen“, „dafür“, „sehr dafür“ einordnen. Als Folgefrage wurde im Anschluss die Frage nach einer vermuteten finanziellen Besser- oder Schlechterstellung gestellt.

Datenbasis der Konstanzer Befragung

Bei der Konstanzer Befragung handelt es sich um eine deutschlandweite Umfrage der Arbeitsgruppe Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz. Das Umfrageinstitut Bilendi hat vom 9. bis 17. August 2022 dafür insgesamt 4 500 Personen im Rahmen eines Online-Access-Panels befragt. Die Erhebung repräsentiert die Wohnbevölkerung von 18 bis 84 Jahre in Deutschland in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungsniveau.

Die Befragten wurden unter anderem mit Hilfe eines sogenannten Vignetten-Designs zu ihren Einstellungen zu unterschiedlichen Varianten eines bedingungslosen Grundeinkommens gefragt. In einem Vignetten-Design werden den Befragten nacheinander unterschiedliche Modelle (in dieser Befragung drei Modelle eines Grundeinkommens) vorgelegt, die sich jeweils anhand einer Reihe von Merkmalen oder Design-Elementen voneinander unterscheiden.¹ Die Ausprägungen dieser Merkmalsdimensionen werden nach dem Zufallsprinzip variiert. Im Anschluss an jede gezeigte Variante eines Grundeinkommens wurde die relative Zustimmung oder Ablehnung der Befragten erhoben. Zusätzlich wurde abgefragt, ob die Befragten selbst von der Einführung des jeweiligen BGE-Modells profitieren würden (analog zur Compass-Befragung).

Statistische Analysemethoden

Die Berechnung der ausgewiesenen Koeffizienten erfolgte mit Hilfe logistischer Regressionsmodelle. Als abhängige Variable diente die Zustimmung zum BGE (ja/nein) ohne Berücksichtigung der Fälle „weiß nicht/ohne Angabe“. Ausgewiesen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte (zu interpretieren in Prozentpunkten). Aufgrund der vergleichsweise kleinen Samples können bei etlichen Merkmalen nur breite Konfidenzbänder geschätzt werden. Die Einkommensgruppen werden personenbezogen berechnet auf der Grundlage der verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen (inklusive Sozialtransfers) ausgewiesen.

Die weiteren ausgewiesenen Koeffizienten beruhen auf Mehr-Ebenen-Modellen (random intercept models) mit den aufgelisteten Ausprägungen als unabhängige Variablen. Die abhängige Variable (Grad der Zustimmung zum jeweiligen BGE-Modell) wurde auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen. Die Ergebnisse von drei separaten Analysen zeigen die Zustimmung zum BGE in Abhängigkeit von den Erwartungen über den Einfluss eines BGE auf die eigene finanzielle Situation.

Geschätzte Vorhersagewerte (predicted values) ermöglichen es, für jede Kombination von Merkmalsausprägungen einen prozentualen Zustimmungswert zu erhalten. Für die Darstellung wurde nur eine kleine Auswahl besonders relevanter Merkmalskombinationen berücksichtigt – insbesondere die Verknüpfungen der beliebtesten und am wenigsten beliebten Ausprägungen sowie ausgewählte weitere Kombinationen. Diese Vorgehensweise zeigt die Spannweite der möglichen Unterstützung für verschiedene BGE-Modelle.

¹ Siehe dazu auch Tabelle 2 in diesem Bericht.

Systematisches Wissen zu den Präferenzen der deutschen Bevölkerung zu den genannten Design-Elementen fehlte bislang. Die Konstanzer Arbeitsgruppe für Vergleichende Politische Ökonomie hat daher im August 2022 eine entsprechende Befragung mit 4 500 Personen durchgeführt

(Kasten). Hierbei wurden den Befragten in Form sogenannter Vignetten mehrere denkbare Modelle eines BGE vorgelegt und anschließend der Grad an Zustimmung oder Ablehnung abgefragt. Die statistische Analyse der Antwortmuster erlaubt, die Auswirkung einzelner Design-Elemente eines

BGE auf die Gesamtunterstützung zu schätzen. Zudem kann ermittelt werden, wie ein BGE gestaltet sein sollte, das die Zustimmung unter den Befragten vergrößert.

Ein erster Befund der Konstanzer Befragung ist, dass die Unterstützung für das Grundeinkommen von dessen Höhe abhängt (Abbildung 3). So nimmt die Unterstützung bis zu einer Höhe von 1200 Euro pro Monat zu. Ein noch höherer Betrag von 1600 Euro erfährt ein leicht geringeres Maß an Unterstützung. Möglicherweise nehmen unter den Befragten ab dieser Höhe die Sorgen über die Finanzierbarkeit oder schwächere Arbeitsanreize zu. Ebenfalls recht klar ist der Befund, dass die Befragten Modelle bevorzugen, in denen das Grundeinkommen nur an Erwachsene (und nicht an Kinder) sowie an Einzelpersonen und nicht an Haushalte ausgezahlt werden sollte. Das Kriterium der Staatsbürgerschaft scheint im deutschen Fall weniger gewichtig zu sein als in den oben erwähnten Studien zu Spanien, Finnland und Schweden: Die Befragten unterscheiden nicht klar zwischen Bezugsberechtigten, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, und solchen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Es zeigt sich allerdings eine sinkende Unterstützung, wenn die Bezugsberechtigten erst ein Jahr lang in Deutschland leben.

Besonders interessant zur Frage der Bezugsbedingungen ist, dass die Zustimmung am höchsten ist, wenn das Grundeinkommen nicht an Bedingungen geknüpft ist. Am wenigsten beliebt hingegen sind Modelle, in denen das Grundeinkommen nur an Arbeitslose und -suchende ausgezahlt würde, was dem jetzigen System der Mindestsicherung relativ nahe käme. Die Unterstützung für ein Grundeinkommen steigt zwar signifikant an, wenn die Beziehenden entweder an Aus- oder Weiterbildung teilnehmen oder sich ehrenamtlich engagieren müssten, aber die Unterstützung für ein im wörtlichen Sinne *bedingungsloses* Grundeinkommen ist dennoch am höchsten. Auch bei der Frage der Finanzierung zeigt sich ein deutliches Muster: Am stärksten ist die Unterstützung für eine Finanzierung über höhere Einkommen- und Vermögensteuern für Reiche; am wenigsten beliebt ist ein Finanzierungsmodell, das über höhere Mehrwertsteuern Einnahmen generieren würde.

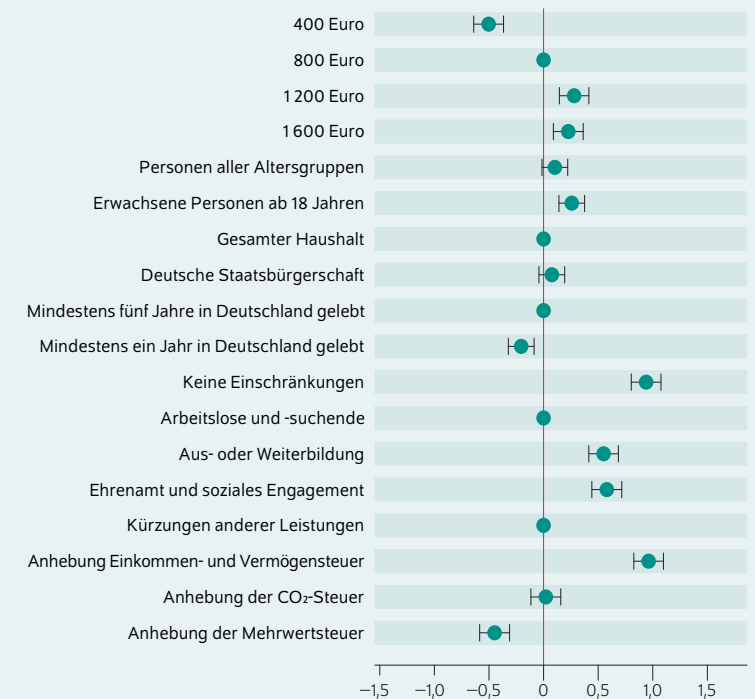
Die Studie hat auch ermittelt, ob die Befragten erwarten, nach der Einführung hypothetischer BGE-Modelle finanziell besser, gleich oder schlechter gestellt zu sein. Differenziert man zwischen diesen verschiedenen Erwartungshaltungen, ergeben sich interessante Muster hinsichtlich der Konditionalität eines BGE (Abbildung 4). Befragte, die meinen, dass sie durch ein BGE gleich oder schlechter gestellt würden, unterstützen Modelle, die eine Teilnahme an Aus- oder Weiterbildung oder ehrenamtliches Engagement voraussetzen, signifikant stärker als Modelle, in denen das Grundeinkommen nur an Arbeitslose und -suchende ausgezahlt würde. Personen, die eine eigene Besserstellung vermuten, machen zwischen diesen Varianten hingegen keinen Unterschied.

Die höchste Unterstützung von knapp über 60 Prozent erhalten zwei recht großzügige Modelle, nach denen 1200 Euro pro Monat bedingungslos an deutsche Staatsbürger*innen

Abbildung 3

Einfluss unterschiedlicher Ausgestaltungen auf die Zustimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen

Regressionskoeffizienten aus Mehrebenenanalyse



Anmerkung: Die abhängige Variable (Grad der Zustimmung zum jeweiligen BGE-Modell) wurde auf einer Elfer-Skala gemessen.

Quelle: Online-Befragung der Konstanzer Arbeitsgruppe Vergleichende Politische Ökonomie; repräsentativ für deutsche Wohnbevölkerung (18 bis 84 Jahre); N = 4 500; Feldzeit vom 9. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Höhere Steuern auf Einkommen und Vermögen sollten das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren, sagt eine Mehrheit der Befragten.

oder lang in Deutschland Lebende ausgezahlt würden und über höhere Einkommen- und Vermögensteuern für Reiche finanziert würden (Abbildung 5). Diese Modelle kommen dem sowohl von linker wie auch liberaler Seite favorisierten Modell eines BGE recht nah. Am wenigsten beliebt mit rund 26 Prozent Unterstützung ist hingegen ein Modell, das geringe Leistungen von 400 Euro mit einer Finanzierung über eine Mehrwertsteuererhöhung, einer Auszahlung an Haushalte statt Individuen und einem sehr kleinen Kreis von Bezugsberechtigten kombiniert.

Fazit: Grundeinkommensmodelle müssen konkretisiert werden

Die Einführung eines BGE ist politisch höchst umstritten. Die Umfragedaten aus der Compass- und der Konstanzer Studie deuten darauf hin, dass eine politische Unterstützung verschiedener BGE-Modelle aus Präferenzhebungen durchaus abgeleitet werden kann. Gleichwohl sind im

Abbildung 4

Zustimmung zum Grundeinkommen je nach Ausgestaltung und in Abhängigkeit des wahrgenommenen Effekts auf die eigene wirtschaftliche Situation

Regressionskoeffizienten aus Mehrebenenanalyse



Anmerkung: Die abhängige Variable (Grad der Zustimmung zum jeweiligen BGE-Modell) wurde auf einer Elfer-Skala gemessen.

Quelle: Online-Befragung der Konstanzer Arbeitsgruppe Vergleichende Politische Ökonomie; repräsentativ für deutsche Wohnbevölkerung (18 bis 84 Jahre); N = 4 500; Feldzeit vom 9. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Befragte, die vermutlich nicht vom BGE profitieren, unterstützen Modelle signifikant stärker, die etwa ein ehrenamtliches Engagement voraussetzen.

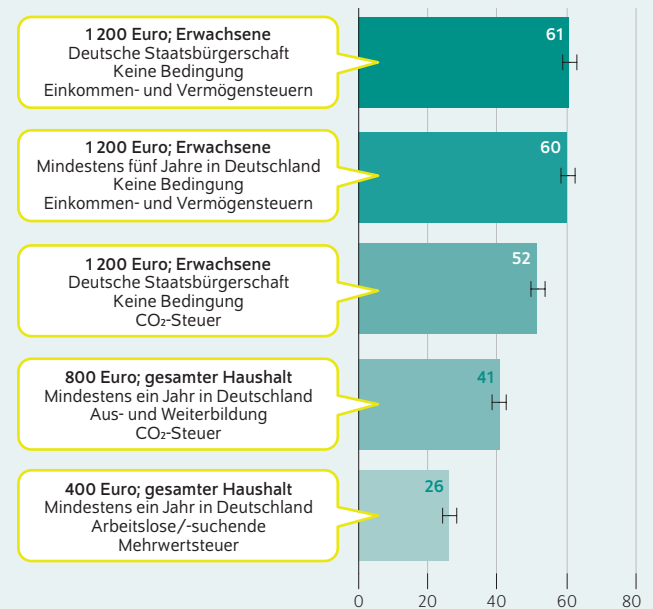
Herbst 2022 aber auch die Grenzen der Zustimmung deutlich geworden, als in Berlin ein Volksbegehren für einen Modellversuch an fehlenden Unterschriften scheiterte.¹⁹

¹⁹ Die Initiative „Expedition Grundeinkommen“ hatte nicht etwa eine Einführung des Grundeinkommens gefordert, sondern lediglich für einen wissenschaftlich begleiteten drei Jahre dauernden Modellversuch mit 3 500 Teilnehmer*innen und Kosten von rund 70 Millionen Euro geworben. Der Volksentscheid scheiterte jedoch an geringer Beteiligung und einem Viertel ungültiger Stimmen. Vgl. Pressemitteilung des Landeswahlleiters für Berlin vom 20. September 2022: Volksbegehren Grundeinkommen – Endgültiges Ergebnis ermittelt: Volksbegehren nicht zustande gekommen (online verfügbar).

Abbildung 5

Geschätzte Zustimmung zu verschiedenen Modellen des Grundeinkommens in Deutschland 2022

Anteile in Prozent



Quelle: Online-Befragung der Konstanzer Arbeitsgruppe Vergleichende Politische Ökonomie; repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung (18 bis 84 Jahre); N = 4 500; Feldzeit vom 9. bis 17. August 2022.

© DIW Berlin 2023

Die Mehrheit wünscht sich 1200 Euro bedingungsloses Grundeinkommen pro Monat, über Steuern finanziert.

Vor dem Hintergrund der wachsenden sozialen Problemlagen infolge der aktuellen Krise, einer hohen Inflation sowie der erforderlichen Transformationsprozesse zu einer klimaverträglichen Lebensweise bleibt das Thema bedingungsloses Grundeinkommen auf der Agenda. Dafür werden auch die sozialen Medien sorgen, die allerdings zugleich dazu beitragen, dass die Debatte sehr polarisiert geführt wird. Überwinden können die mitunter scharf geführten Auseinandersetzungen am ehesten differenzierte und auch multidisziplinäre wissenschaftliche Expertisen zu Vor- und Nachteilen eines Grundeinkommens. Eine solche multidisziplinäre Betrachtung könnte auch die Perspektiven eines Gutachtens des Beirats beim Bundesministerium der Finanzen²⁰ erweitern und dabei die Präferenzen und damit einhergehende sozioökonomische Sicherheit und Resilienz berücksichtigen. Denn ein garantiertes Grundeinkommen könnte die Bürger*innen in die Lage versetzen, aus einer stärkeren ökonomischen Position und größerer Verlässlichkeit künftige Herausforderungen zu bewältigen, die etwa

²⁰ Vgl. hierzu Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2021): Bedingungsloses Grundeinkommen. Gutachten 02/2021 vom 21. Juli (online verfügbar).

in den Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels oder der technologischen Umwälzungen am Arbeitsplatz ihre Ursachen haben.²¹

Die Ergebnisse bestätigen darüber hinaus, dass die Unterstützung für ein Grundeinkommen ganz wesentlich von den Spezifika der institutionellen Ausgestaltung abhängen. Die größte Unterstützung erhalten Modelle, die keine Restriktionen und ein vergleichsweise großzügiges Einkommen vorsehen. Inwiefern solche Modelle finanzierbar wären, ist eine

andere, aber wichtige Frage. Die politische Unterstützung ist jedenfalls vorhanden. Vermutlich wird die Einführung eines BGE nicht kurz- oder mittelfristig auf der Tagesordnung stehen. Dennoch wird das Sozialsystem schleichend transformiert, wie die Debatte um eine Kindergrundsicherung zeigt. Die Zukunft des Sozialsystems in krisenanfälligen Zeiten sollte im Mittelpunkt einer breiten, empirisch gehaltvollen sowie ergebnisoffenen gesellschaftlichen Debatte stehen und dabei auch die Perspektive eines bedingungslosen Grundeinkommens als Reformoption in den Blick nehmen.

²¹ Siehe zu einer solchen differenzierten Einordnung von Vor- wie Nachteilen eines Grundeinkommens vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen Philippe van Parijs (2021): Climate change and the COVID-19 pandemic: crucial pushes or deadly blows for basic income? In: Dorothee Rodenhäuser et al. (Hrsg.): Soziale Sicherungssysteme im Umbruch, Marburg: Metropolis-Verlag, 193–211 (online verfügbar).

Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ | marius.busemeyer@uni-konstanz.de

Adrian Rinscheid ist Assistenzprofessor für Umweltpolitik an der Radboud University in Nijmegen (Niederlande) und Gastforscher am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz | adrian.rinscheid@ru.nl

Jürgen Schupp ist Wissenschaftler in der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | jschupp@diw.de

JEL: D63, I38, H23

Keywords: SOEP, Basic income-Preferences, Survey

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 21/2023:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Jürgen Schupp, Wissenschaftler in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin

„Grundeinkommen kann in krisenanfälligen Zeiten eine Option zur Reform des Sozialsystems sein“

1. **Herr Schupp, zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt es bereits verschiedene Umfragen. Auf welche Befragungen beziehen Sie sich in Ihrem aktuellen Wochenbericht?** In unserem Bericht präsentieren wir die Ergebnisse von zwei repräsentativen Studien aus dem Sommer 2022. Die erste Befragung ist dabei eine Wiederholungsstudie zum Grad der Zustimmung oder Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland. Die zweite Studie wurde von der Arbeitsgruppe für vergleichende politische Ökonomie an der Universität Konstanz verantwortet. Hier wurden die Einstellungen zum Grundeinkommen in Abhängigkeit verschiedener Varianten eines Grundeinkommens abgefragt.
2. **Wie viele der Befragten plädieren für ein Grundeinkommen?** Eine Mehrheit von 53 Prozent der Deutschen stimmt einem bedingungslosen Grundeinkommen eher zu und 36 Prozent lehnen es eher ab. Im Vergleich zu früheren Erhebungen des DIW Berlin aus den Jahren 2016 bis 2019 zeigt sich eine erstaunlich hohe Konstanz im Grad der Zustimmung. Die damaligen Zustimmungsraten lagen zwischen 45 und 55 Prozent, also etwa auch in dem Bereich, den wir im August 2022 ermittelt haben.
3. **Wodurch unterscheidet sich die Gruppe der zustimmenden von der Gruppe der nicht zustimmenden Personen?** Jüngere Befragte haben ein bedingungsloses Grundeinkommen eher als Ältere befürwortet. Interessanterweise konnten wir bei dieser Befragung keine Unterschiede hinsichtlich des Bildungsniveaus identifizieren, auch stimmen Männer einem Grundeinkommen etwa gleich häufig zu wie Frauen. Den stärksten Effekt einer Ablehnung konnten wir bei den Personen ermitteln, die vermuten, dass es ihnen nach der Einführung des Grundeinkommens wegen der Gegenfinanzierung materiell schlechter geht.
4. **Welche Art der Gegenfinanzierung erhält die meiste Zustimmung?** Hierzu haben wir in der Konstanzer Studie vier unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten zufällig

variiert. Eine der Möglichkeiten war, die Finanzierung allein durch Kürzungen anderer Leistungen des Sozialstaats durchzuführen; die anderen Alternativen waren eine Anhebung der Einkommen- und Vermögensteuer, eine stärkere Besteuerung von CO₂-Emissionen oder eine Finanzierung mit Hilfe einer Anhebung der Mehrwert- und Umsatzsteuer. Den deutlich höchsten Grad an Zustimmung erfährt die Finanzierung eines Grundeinkommens mit Hilfe einer Anhebung der Einkommen- und Vermögensteuer. Deutlich abgelehnt wird hingegen die Idee einer Finanzierung durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer.

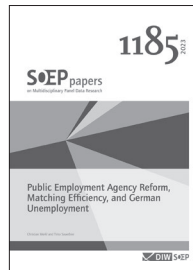
5. **Welche Rolle spielt die Höhe des Grundeinkommens für die Zustimmung?** Den höchsten Grad an Zustimmung erfuhr ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1200 Euro. Ein Betrag von lediglich 400 Euro wird hingegen im Vergleich zu 800 Euro deutlicher abgelehnt.
6. **Was bedeuten Ihre Ergebnisse für künftige politische Weichenstellungen?** In der öffentlichen Debatte ist das Thema eines bedingungslosen Grundeinkommens höchst umstritten, deswegen steht eine Einführung kurzfristig auch nicht auf der politischen Tagesordnung. Gleichwohl könnte dies künftig gerade in krisenanfälligeren Zeiten eine Option zur Reform des Sozialsystems sein, denn ein garantiertes Grundeinkommen könnte die Menschen in die Lage versetzen, aus einer stärkeren ökonomischen Position heraus künftige Herausforderungen wie den Klimawandel oder technische Umwälzungen am Arbeitsplatz besser zu meistern. Deshalb plädieren wir gerade in Zeiten wachsender Transformationsprozesse für eine breite, empirisch gehaltvolle, aber auch ergebnisoffene Behandlung des komplexen Themenfeldes eines bedingungslosen Grundeinkommens in Wissenschaft, Politik, wie auch in gesellschaftlichen Debatten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1185
2023 | Christian Merkl, Timo Sauerbier



Public Employment Agency Reform, Matching Efficiency, and German Unemployment

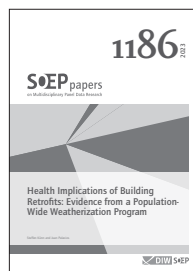
Our paper analyzes the role of public employment agencies in job matching, in particular the effects of the restructuring of the Federal Employment Agency in Germany (Hartz III labor market reform) for aggregate matching and unemployment. Based on two microeconomic datasets, we show that the market share of the Federal Employment Agency as job intermediary declined after the Hartz reforms. We propose a macroeconomic model of the labor market with a private and a public search channel and fit the model to various dimensions of the data. We show that direct intermediation activities of the Federal Employment

Agency did not contribute to the decline in unemployment in Germany. By contrast, improved activation of unemployed workers reduced unemployment by 0.8 percentage points. Through the lens of an aggregate matching function, more activation is associated with a larger matching efficiency.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1186
2023 | Steffen Künn, Juan Palacios



Health Implications of Building Retrofits: Evidence from a Population-Wide Weatherization Program

What is the impact of housing upgrades on occupant health? Although economists and policymakers are certain about the health implications of housing upgrades, empirical evidence is largely missing or else only based on small-scale experiments in developing countries. This study provides the first population-representative quasi-experimental estimates based on a large-scale refurbishment program that renovated half of the East German housing portfolio in the aftermath of German reunification. During the 1990s, the German government devoted significant financial resources to upgrading the insulation

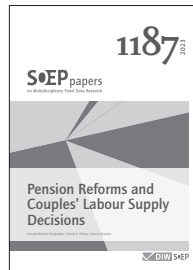
and heating systems of over 3.6 million dwellings in East Germany. We link the renovations to individual demand for the healthcare of occupants using the German Socio-Economic Panel (SOEP) as well as administrative records of universal hospital admissions in Germany. Exploiting the staggered roll-out of the renovation program, our results show that an improvement in housing quality enhances the health of vulnerable age groups. Evidence from hospital records suggests that reductions in hospitalization were due to a lower risk of cardiovascular problems for older individuals (45 years or older) which were mainly driven by days with extremely hot and cold ambient temperatures. Our findings have strong policy implications and can enrich the cost-benefit analysis of public investments in weatherization programs.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1187

2023 | Hamed Markazi Moghadam, Patrick A. Puhani, Joanna Tyrowicz



Pension Reforms and Couples' Labour Supply Decisions

To determine how wives' and husbands' retirement options affect their spouses' (and their own) labour supply decisions, we exploit (early) retirement cutoffs by way of a regression discontinuity design. Several German pension reforms since the early 1990s have gradually raised women's retirement age from 60 to 65, but also increased ages for several early retirement pathways affecting both sexes. We use German Socio-Economic Panel data for a sample of couples aged 50 to 69 whose retirement eligibility occurred (i) prior to the reforms, (ii) during the transition years, and (iii) after the major set of reforms. We find that, prior to the reforms, when several retirement options were available to both husbands and

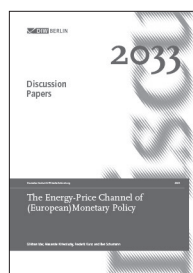
wives, both react almost symmetrically to their spouse reaching an early retirement age, that is both husband and wife decrease their labour supply by about 5 percentage points when the spouse reaches age 60). This speaks in favour of leisure complementarities. However, after the set of reforms, when retiring early was much more difficult, we find no more significant labour supply reaction to the spouse reaching a retirement age, whereas reaching one's own retirement age still triggers a significant reaction in labour supply. Our results may explain some of the diverse findings in the literature on asymmetric reactions between husbands and wives to their spouse reaching a retirement age: such reactions may in large parts depend on how flexibly workers are able to retire.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2033

2023 | Gökhan Ider, Alexander Kriwoluzky, Frederik Kurcz, Ben Schumann



The Energy-Price Channel of (European) Monetary Policy

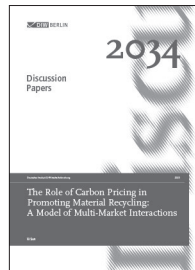
This study examines whether central banks can combat inflation that is caused by rising energy prices. By using a high-frequency event study and a Structural Vector Autoregression, we find evidence that the European Central Bank (ECB) and the Federal Reserve (Fed) are capable of doing so by affecting domestic and global energy prices. This "energy-price channel" of monetary policy plays an important role in the transmission mechanism of monetary policy. As many major sources of energy, such as oil, are priced in dollars, fluctuations in the domestic exchange rate vis-a-vis the dollar crucially shapes the transmission of monetary policy to energy prices. On the one hand an appreciation of the

euro against the dollar lowers local energy prices (in euro) through cheaper imports. On the other hand lower import prices raise energy demand and thereby increase global energy prices (in dollars). Our counterfactual analysis demonstrates that both effects are present, but the latter effect is stronger than the former.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2034
2023 | Xi Sun



The Role of Carbon Pricing in Promoting Material Recycling: A Model of Multi-Market Interactions

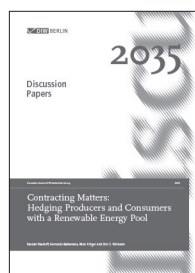
Recycling of raw material can make a significant contribution to achieving climate neutrality by 2050. Carbon pricing can encourage material recycling by making it more competitive with waste incineration and primary material production. However, accounting for the interactions among different markets in a theoretical model, this paper finds that carbon pricing on material manufacturing alone does not necessarily promote material recovery, if the derived demand for material is elastic, the supply of primary materials inelastic, and the emission intensity for recycling relatively high. In contrast, extending the scope of this

policy to the waste sector guarantees a positive effect of carbon pricing on material recovery, together with a strengthened effect on emission mitigation. Using a numerical simulation on plastic waste, this paper shows that implementing carbon pricing on both sources is able to save 37% of CO₂e emissions, compared to a policy with a limited scope on production saving 10% less. It is important to consider the full range of impacts and interactions when designing climate policy to ensure that it effectively delivers the objectives for both climate mitigation and circular economy.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2035
2023 | Karsten Neuhoff, Fernanda Ballesteros, Mats Kröger, Jörn C. Richstein



Contracting Matters: Hedging Producers and Consumers with a Renewable Energy Pool

Renewable energy installations are rapidly gaining market share due to falling technology costs and supportive policies. Meanwhile, the energy price crisis resulting from the Russian-Ukrainian war has shifted the energy policy debate toward the question of how consumers can benefit more from the low and stable generation costs of renewable electricity. Here we suggest a Renewable Pool ("RE-Pool") under which the government passes the conditions of Contracts-for-Difference on to consumers who thereby benefit from reliably low-cost electricity supply. We assess the effect on financing costs, scale, and system friendliness of wind investments, as well risk hedging for consumers' volume risks and hedging incentives.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





CLAUDIA KEMFERT

Strompreiszonen sind auch keine Lösung – besser die Ökostromlücke im Süden schließen

Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die norddeutschen Bundesländer sind sauer. Weil der Strompreis in den Küstenländern höher ist als im Süden. Obwohl und gerade, weil sie mehr erneuerbare Energien haben und der Strom eigentlich viel billiger sein müsste. Ihr Unmut ist daher verständlich. Aber die Lösung, die Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen vorschlagen, wird vermutlich kaum die gewünschte Wirkung bringen: Dass in den Bundesländern, in denen es weniger erneuerbare Energien, insbesondere Windstromausbau, gibt, die Preise höher sind und umgekehrt. Sie wollen aber genau das durch die Einführung von Strompreiszonen erreichen. Die Europäische Union fordert auch schon seit längerem eine getrennte Preisgestaltung beim Strom, die sich eher an den Gegebenheiten des Stromnetzes orientiert: Gebiete, in denen es nur wenige Leitungen gibt, sollen durch Preiszonen voneinander getrennt werden. Solche Strompreiszonen gibt es bereits in anderen Ländern. Beispielsweise hat Norwegen sechs, Italien sogar sieben und Dänemark zwei Preiszonen. In Deutschland wird quasi das ganze Land als eine einzige Kupferplatte gesehen, auf der Strom in beliebigen Mengen verschickt werden kann.

Wenn an der Nordsee der Wind kräftig weht, produzieren die dortigen Windparks massenhaft günstigen Strom. Wenn aber Netzengpässe auftreten, weil zum Beispiel konventionelle unflexible Kraftwerke nicht ausreichend abregeln und Netzkapazitäten nicht ausreichen, kann der erzeugte Strom nicht komplett transportiert werden. Der mögliche Stromüberschuss, generiert aus Erneuerbaren, kommt also nicht im Süden an. Sind im Süden keine ausreichenden Ökostrom-Transportkapazitäten verfügbar, regeln die Netzbetreiber Windparks im Norden herunter und konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke im Süden hoch. Weil deren Strom aber deutlich teurer ist als der aus Windkraft, wird die Preisdifferenz auf alle Kunden in Deutschland umgelegt. Diese „Redispatch“-Kosten stiegen jüngst stark an. Außerdem kommt hinzu, dass die Netzentgelte regional steigen, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien zu einer Ertüchtigung oder Erweiterung des Stromnetzes führt. Im Süden, vor allem in Bayern, gibt es aufgrund von unnötigen Abstandsregelungen so gut wie keinen Zubau von Windener-

gieanlagen. Es gibt eine Ökostrom-Lücke, die somit indirekt den Strompreis im Norden nach oben treibt. Deswegen ist der Strompreis im Norden höher als im Süden. Die Regionen in Deutschland, die eigentlich günstigen Windstrom beziehen könnten, müssen nun aber über den Redispatch den schlep-penden Ausbau erneuerbarer Energien im Süden Deutschlands mitfinanzieren. Daher wollen die Nord-Bundesländer, dass Deutschland in mehrere Strompreiszonen aufgeteilt wird. Statt eines landesweit einheitlichen Börsenstrompreises wäre dann jede Zone für ihren eigenen Strompreis verantwortlich. Wenn Bayern und Baden-Württemberg eine eigene Strompreiszone hätten, so der Plan, sollte dort der Strompreis steigen und so einen Anreiz für den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen. Oder aber Preis-Anreize für die Industrie bieten, in den Norden zu ziehen.

Dies wird vermutlich so aber nicht geschehen. Studien des DIW Berlin zeigen, dass die Strompreiseffekte gering wären. Selbst aufgrund der durch den Atomausstieg noch etwas geringeren Stromkapazitäten im Süden wäre kaum zu erwarten, dass ausreichende Preiseffekte auftreten würden, um diese Anreize zu geben. Daher ist eine einheitliche und nicht regionale Verteilung der Netzkosten überfällig. Das wäre weniger ungerecht und würde die Strompreise im Norden sinken und die im Süden steigen lassen. Viel wichtiger ist aber die schnelle Schließung der Ökostrom-Lücke im Süden, also die Strom-Kapazitätserhöhung, damit weniger Netzengpässe auftreten und so die Netzkosten sinken können. Der Windenergie-Ausbau in Bayern muss schnell geschehen. Das würde auch die Industrie in Bayern freuen, die dies seit Jahren fordert. Eile ist geboten. Sonst heißen die Bayerischen Motorenwerke wohl bald Bremer Motorenwerke.